

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 6. Juli 1995

DVR: 0000060

Zl. 2225.04/170-I.7/95

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat DDr. Niederwieser,
Kiermaier und Genossen betreffend
Religiöse Verfolgung - Verletzung
der Menschenrechte

XIX. GP.-NR

1168 /AB

1995 -07- 20

zu

143013

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Kiermaier und Genossen haben an mich am 23. Juni 1995 unter Zl. 1430/J-NR/1995 eine schriftliche Anfrage betreffend Religiöse Verfolgung - Verletzung der Menschenrechte gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Werden im Außenministerium Aufzeichnungen über Menschenrechtsverletzungen, die aus religiösen Gründen in Staaten, die mit Österreich befreundet, benachbart oder in Kontakt stehen, stattfinden, geführt?
2. Wenn ja, welchen Einfluß haben diese Dokumentationen bei etwaig stattfindenden Treffen auf Außenministerebene?
3. Von welchen Staaten, mit denen Österreich Außenhandelsbeziehungen unterhält, ist Ihnen bekannt, daß religiöse Intoleranz, bzw. religiöse Verfolgung vorherrscht?
4. Welche Maßnahmen wurden von seiten des Außenministeriums auf diplomatischem Wege bisher gesetzt, um eine Beendigung der religiösen Verfolgung, in Fällen wo eine solche dokumentiert ist, zu bewirken?

- 2 -

5. Werden Sie in Ihrer Funktion als österreichischer Außenminister mit Staaten, von denen Ihnen Verfolgungen aus religiösen Gründen bekannt sind, aus ebendiesen Gründen Gespräche aufnehmen?
6. Können Sie sich vorstellen, daß eine Informationskampagne gegen Staaten, die Menschen aus religiösen Gründen verfolgen (vergewaltigen, ermorden), von Österreich - außerhalb der diplomatischen Ebene - initiiert wird?
7. Mit welchen Mitteln, bzw. auf welchem Wege, könnte nach Ihrer Meinung religiös verfolgten Menschen von Österreich aus geholfen werden?

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.: Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erhält und erfaßt laufend Informationen über behauptete Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen der Welt. Diese Unterlagen betreffen sowohl Verletzungen von bürgerlichen und politischen als auch von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechten. Die Religions- und Gewissensfreiheit zählt zu diesen fundamentalen und universell verbürgten Menschenrechten. Die Aufzeichnungen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten über Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Staaten unterscheiden nicht, ob diese "mit Österreich befreundet oder benachbart sind oder mit Österreich in Kontakt stehen".

Zu 2.: Die Beurteilung der Qualität der Beziehungen Österreichs zu anderen Staaten wird in beträchtlichem Maße durch Menschenrechtsüberlegungen mitbestimmt. Dies wird in meinen Begegnungen mit Außenministern und offiziellen Vertretern anderer Staaten stets entsprechend berücksichtigt.

- 3 -

Zu 3.: Meinem Ressort sind eine Reihe von Staaten bekannt, in denen nach österreichischer Auffassung religiöse Intoleranz vorherrscht oder religiöse Verfolgung praktiziert wird. Diese Staaten werden in zahlreichen, öffentlich zugänglichen Dokumentationen internationaler Organisationen und nichtstaatlicher Organisationen genannt.

Zu 4.: Österreich hat wiederholt auf bilateraler Ebene in konkreten Einzelfällen Interventionen vorgenommen, um zu einer Beendigung von religiöser Verfolgung beizutragen. Auch in den Arbeiten von multilateralen Gremien, insbesondere innerhalb der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, tritt Österreich mit klaren Positionen und durch sein Stimmverhalten gegen solche Verfolgungen auf.

Zu 5.: Als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich habe ich die Gesamtinteressen Österreichs im Ausland zu vertreten. Dies vorausgeschickt haben in meinen Gesprächen mit Außenministern und sonstigen Repräsentanten anderer Staaten Menschenrechtsthemen, darunter auch solche betreffend religiöse Verfolgung, einen besonderen Stellenwert.

Zu 6. und 7.: Ich kann mir durchaus vorstellen, daß Informationskampagnen gegen religiöse Verfolgung ihren Effekt nicht verfehlen werden. Es gehört zu den Vorteilen eines freien und demokratischen Gemeinwesens, daß dessen Bürger sich auch für jene Menschen in anderen Staaten einsetzen dürfen, die nicht im gleichen Ausmaß ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ausüben können. Den Medien fällt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle und zugleich Verantwortung zu.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

